

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANFRAGE

4-0373/09-LKT

für die **ö f f e n t l i c h e** Sitzung

Kreistag

14.09.2009

Einreicher: Maritta Böttcher
Fraktion DIE LINKE.

Betr.: Anfrage der Abg. Maritta Böttcher, Fraktion DIE LINKE., zu Einsparungen im Jahr 2008 trotz steigender Zahlen von Hartz-IV-Kindern und Jugendlichen

Sachverhalt:

Wie dem Bericht zur sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen im Landkreis Teltow-Fläming, Drucksache Nr. 4-0140/09-II zu entnehmen ist, stieg die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und sinkender Zahlen der Bedarfsgemeinschaften von 2005 bis 2007 weiter an. Bei Kindern unter 15 Jahren sogar um 9,97%. Davon betroffen sind 4.133 Hilfebedürftige von 0 bis 15 Jahren und 685 Jugendliche von 15 bis 18 Jahren (S. 19 und 22 Bericht). Nach der dem Bericht vorangestellten Definition von Armut, wachsen immer mehr Kinder im Landkreis in Armut auf. Die zunehmende Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen aus diesem sozialen Umfeld zeigt sich nach diesem Bericht jedoch nicht nur allein in der finanziellen Situation der Betroffenen, sondern auch in der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie in Bildung und Ausbildung. Trotz aller Anstrengungen, die seitens des Landkreises und auch der Arge unternommen wurden, haben sich soziale Benachteiligungen der betroffenen Kinder und Jugendlichen sowohl quantitativ als auch qualitativ weiter vertieft.

Aus Anlass einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Drucksache 4/7231, hat die Fraktion DIE LINKE. in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.04.2009 eine entsprechende Anfrage zu den Ausgaben des Kreises nach §§ 11 bis 13 SGB VII an die Verwaltung gerichtet.

Angesichts der wachsenden Anforderungen an Maßnahmen zum Abbau sozialer Benachteiligungen ist nicht zu verstehen, wenn nach Auskunft des Amtes für Jugend und Soziales 2008 gegenüber dem Haushaltsansatz für Ausgaben nach §§ 11 bis 13 SGB VIII 23,40 Prozent weniger ausgegeben wurden. Der größte Teil der Einsparungen betraf dabei Ausbildungskosten gemäß 13.2 SGB VIII. Jedoch auch in der Förderung der offenen Jugendarbeit und bei Zuschüssen für Freizeiteinrichtungen wurde erheblich eingespart. Hier waren es offensichtlich die von der Verwaltung, bis in Einzelpositionen hinein, vorgegebenen Obergrenzen bei den Aushandlungen der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen, welche den Spareffekt erzielten. So wurden der Verhandlungs- und damit auch der Handlungsspielraum der Träger der freien Jugendhilfe von vornherein eingeschränkt. Über die einschneidende Haushaltsentwicklung, insbesondere bei den Ausbildungskosten gemäß § 13.2. SGB VIII, ist weder der Unterausschuss Jugendhilfeplanung noch der Jugendhilfeausschuss informiert worden.

Ich frage die Kreisverwaltung:

1. Wie bewerten Sie den vorliegenden Sachverhalt?
2. In welcher Art und Weise hat die Verwaltungsspitze über ein Begleitcontrolling Einfluss genommen, um Entwicklungen in dieser Art auszuschließen?
3. Wie erklären Sie, dass in dem Jahr, wo erstmals aktuelle Daten aus dem Sozialbericht vorliegen und damit deutlich wurde, dass Armut auch in Teltow-Fläming angekommen ist, ein solcher Umgang mit Haushaltsmitteln für diesen Bereich möglich war?
4. Sind im Rahmen der Haushaltssanierung Einsparpotenziale dieser Art an das Amt für Jugend und Soziales gegeben worden?
5. Warum wurde der Jugendhilfeausschuss über diese Entwicklungen nicht zeitnah – sprich - im laufenden Haushaltsjahr - informiert?
6. Welche Schlussfolgerungen hat die Verwaltung aus dieser Situation gezogen, besonders konzeptionell und strukturell, um die Besorgnis erregenden Entwicklungen angesichts der Situation sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher in unserem Landkreis zu verändern?

Luckenwalde, den 31.08.2009

gez. Maritta Böttcher
Mitglied der Fraktion DIE LINKE.